Stellungnahme des externen Rechnungsprüfers – Angebotsprüfung im Betreibermodell

Bei Vorliegen von weniger als drei Angeboten innerhalb der Betreiberauswahl bedarf es der **Stellungnahme eines externen Rechnungsprüfers** (NGA-Rahmenregelung § 5 Abs. 8 und § 6 Abs. 3) zur Prüfung des Angebotes, das den Zuschlag erhalten soll. Maßgeblich ist hierfür eine entsprechende Fachkunde, d.h. ein entsprechendes Marktwissen des Prüfers, das ihn zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Angebotes befähigt.

Im Bedarfsfall ist diese Stellungnahme gegenüber der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Zuwendungsgeberin innerhalb der Konkretisierung zur endgültigen Bewilligung einzureichen.

Name des externen Rechnungsprüfers bzw. des Beraters mit Marktwissen (ggfs. Angabe des Beratungsunternehmens)

Anschrift

Geburtsdatum des Prüfers

Auftraggeber/Zuwendungsempfänger (Kommune/Stadt/Landkreis/xx)

E-Aktennummer

# Hiermit bestätige ich, dass

die angebotene Pacht für das geförderte Projekt und dem vorhandenen bzw. zu erwartenden Kundenpotential angemessen ist;

die angebotenen Vorleistungspreise marktgerecht und angemessen sind.

Sofern einzelne der aufgelisteten Punkte nicht bestätigt werden können, ist eine gesonderte, ausführliche Begründung zu diesen Punkten beizufügen.

# Erklärung über die Fachkunde des Beraters/Prüfers

Ich versichere, dass ich über die notwendige Fachkunde und das notwendige Marktwissen als Berater verfüge, um das vorgelegte Angebot anhand der Wirtschaftlichkeit prüfen zu können, vgl.

§ 5 Abs. 8 und § 6 Abs. 3 NGA-Rahmenregelung.

# Zusicherung der Unabhängigkeit des Beraters/Prüfers

Ich sichere zu, dass ich als externer Rechnungsprüfer im Sinne des § 5 Abs. 8 NGA-Rahmenregelung unabhängig von und neutral gegenüber allen Beteiligten des betroffenen Auswahlverfahrens bin. Zum Zeitpunkt der Angebotsprüfung bestand kein Abhängigkeitsverhältnis zu den Beteiligten.

Ort, Datum Unterschrift des Beraters/Prüfers

Hinweise zur Datenverarbeitung

Im Rahmen der Angebotsprüfung gem. § 5 Abs. 8 NGA-Rahmenregelung ist die Prüfung Ihrer fachlichen Eignung als Berater/Prüfer erforderlich. Hierzu werden von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Zuwendungsgeberin personenbezogene Angaben von Ihnen erhoben und verarbeitet. Die Angabe Ihres Namens, Vornamens und Ihres Geburtsdatums ist dabei notwendig zum Zwecke der Verifizierung Ihrer obigen Angaben.

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Angebotsprüfung gem. § 5 Abs. 8 NGA- Rahmenregelung genutzt und für einen Zeitraum von zwölf Jahren gespeichert, beginnend mit Vorlage des Verwendungsnachweises, vgl. Nr. 4.1 BNBest-Breitband. Dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) steht als Fachaufsicht ein Einsichtnahmerecht in die Prüfakten bzw. in den darin enthaltenen personenbezogenen Daten zu. Eine Weitergabe an sonstige Dritte erfolgt nicht.

Im Falle eines negativen Prüfergebnisses werden die Daten bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages/Bewilligungszeitraums des Bescheides aufbewahrt, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags, vgl. § 8 Abs. 4 VgV.

Sämtliche Unterlagen aus einem Ausschreibungs- und Vergabeverfahren (ob Papier oder digital) sind grundsätzlich drei Jahre ab Ende des Jahres, in dem der geschlossene Vertrag/der Bewilligungszeitraum des Bescheides endet, aufzubewahren, sofern nicht eine Verlängerung dieser Aufbewahrungsfrist zum Nachweis erforderlich ist, beispielsweise bei länger laufenden Garantieansprüchen.

Für Fragen zum Datenschutz, sowie zur Geltendmachung ihrer datenschutzrechtlichen Rechte auf Auskunft, Löschung bzw. Einschränkung der Verarbeitung und Berichtigung können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten unter

E-Mail-Kontakt: [DE\_Datenschutz@pwc.com](mailto:DE_Datenschutz@pwc.com) Telefon: +49 69 9585-0

Adresse für postalische Kontaktaufnahme:

PricewaterhouseCoopers GmbH WPG

Dr. Tobias Gräber, Datenschutzbeauftragter Friedrich-Ebert-Anlage 35-37

60327 Frankfurt am Main

wenden. Ihnen steht auch das Recht zu, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. Sie können sich hierfür an die Datenschutzaufsichtsbehörde an Ihrem Wohnort wenden, die den Sachverhalt an die zuständige Behörde weiterreichen wird.

Ort, Datum Unterschrift des Beraters/Prüfers